

Die Struktur der Arbeitskosten in der deutschen Wirtschaft

Christoph Schröder, Juni 2009

Die Arbeitskosten je vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer lagen im westdeutschen Produzierenden Gewerbe im Jahr 2008 bei 56.090 Euro. In Ostdeutschland waren die industriellen Arbeitskosten mit 37.140 Euro um mehr als ein Drittel günstiger. Dieser Kostenvorteil gegenüber Westdeutschland hat sich in den letzten Jahren nicht mehr wesentlich verringert. In den untersuchten deutschen Dienstleistungssparten ist das Kostenniveau sehr unterschiedlich. Es lag im Jahr 2008 in einer Spanne von 35.620 Euro im Einzelhandel bis zu 72.820 Euro im Kreditgewerbe. Die Arbeitskostenstruktur hat sich im Jahr 2008 in Deutschland vor allem durch die gesunkenen Beiträge zur Sozialversicherung geändert. Immerhin 24,8 Prozent der Kosten im westdeutschen und 26,7 Prozent der Kosten im ostdeutschen Produzierenden Gewerbe ergeben sich durch gesetzliche Vorgaben, können also nicht frei zwischen den Vertragsparteien ausgehandelt werden. Diese Anteile sind seit dem Jahr 2000 langsam in etwa auf das Niveau zu Beginn der 1990er-Jahre zurückgegangen.

Bedeutung der Arbeitskostenstruktur

Die gegenwärtige globale Wirtschaftskrise hat zu einem drastischen Nachfrageeinbruch geführt. Dies wird sich auch negativ am Arbeitsmarkt niederschlagen. In der Hoffnung auf bessere Zeiten und aufgrund des mittel- bis langfristig absehbaren Mangels an Fachkräften versuchen dennoch viele Unternehmen trotz angespannter Ertragslage, ihre Belegschaft zu halten oder zumindest möglichst wenig Mitarbeiter zu entlassen. Damit bleiben die Arbeitskosten auch in der aktuellen konjunkturellen Situation ein wichtiger Faktor. Gerade ein stark exportorientiertes Land wie Deutschland ist besonders in der jetzigen Wirtschaftslage darauf angewiesen, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu behaupten. Die Höhe der Arbeitskosten stellt für den hiesigen Industriestandort nach wie vor ein wichtiges Standort-Handikap dar (Schröder, 2008). Im internationalen Arbeitskostenvergleich für das Verarbeitende Gewerbe, das im Mittelpunkt des globalen Wettbewerbs steht, belegt Deutschland trotz einer zuletzt günstigen Entwicklung zusammen mit den skandinavischen Ländern, Belgien und der Schweiz noch immer eine schlechte Position.

Betrachtet man die Arbeitskostenstruktur, dann zeigt sich zunächst, dass die Aufwendungen in Deutschland, die die Arbeitgeber zusätzlich zu den Bruttolöhnen und -gehältern zu

tragen haben, in Relation zu den Verdiensten im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich hoch sind (Statistisches Bundesamt, 2009). Hieraus lässt sich allerdings nicht folgern, dass primär bei den Verdiensten anzusetzen wäre, wenn der Standortnachteil hoher Arbeitskosten verringert werden soll. Denn die nicht im Verdienst enthaltenen Nebenkosten werden von den Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitgeber dominiert. Ein Vergleich der Arbeitgeberbeiträge ist insofern irreführend, weil in vielen Ländern die Sozialversicherungsbeiträge hauptsächlich vom Arbeitgeber getragen werden, während in Deutschland die Finanzierung im Wesentlichen paritätisch zwischen den Unternehmen und seinen Beschäftigten aufgeteilt ist. Da die Arbeitnehmer aber die gesamten Arbeitskosten erwirtschaften müssen, spielt es eher eine untergeordnete Rolle, wer die Sozialversicherungsbeiträge finanziert. Der in Deutschland unterdurchschnittlich hohe Arbeitgeberbeitragsatz ist daher kein Indiz für ein effizient ausgestaltetes Sozialversicherungssystem. Vielmehr deutet der im internationalen Vergleich sehr hohe Abstand zwischen Arbeitskosten und Nettolöhnen (OECD, 2009) auf den gegenteiligen Befund hin. Die Arbeitskostenerhebung ist deshalb – besonders im internationalen Vergleich – nicht die optimale Statistik, um Ausmaß und Reformbedarf des sozialen Sicherungssystems anzuzeigen. Gleichwohl würde es sich in der Höhe der Nebenkosten und der gesamten Arbeitskosten widerspiegeln, wenn etwa durch mehr Wettbewerb die Kosten der sozialen Sicherung sinken. Die Arbeitskostenerhebung zeigt zudem auch Kosten und Bedeutung anderer Sozialleistungen auf, die wie die Sonderzahlungen und das Entgelt für arbeitsfreie Zeit auch im Jahresverdienst enthalten sein können.

Zur Verminderung des Kosten-Handikaps ist eine Senkung der Lohnzusatzkosten nicht in jedem Fall einer Lohnmoderation vorzuziehen. Denn es ist durchaus denkbar, dass eine Zusatzleistung für den Arbeitnehmer von größerem Nutzen sein kann als eine für das Unternehmen gleich teure Lohnerhöhung. Dies dürfte beispielsweise in vielen Fällen bei der freiwilligen Umwandlung von Entgeltbestandteilen in Beiträge für die betriebliche Altersversorgung der Fall sein. Daher ist es unzutreffend, die Arbeitskosten in „gute“ Löhne und „schlechte“ Personalzusatzkosten aufzuteilen. Vielmehr ist es wichtig, sich über die Struktur der Arbeitskosten und die Kosten einzelner Elemente im Klaren zu sein, damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine optimale Kostenstruktur aushandeln können. Dies ist gerade in der aktuellen Wirtschaftssituation besonders bedeutend, wo es darum geht, die Kosten für die Unternehmen niedrig zu halten, aber den Konsum möglichst nicht zu belasten.

Definitionsvielfalt

In der öffentlichen Diskussion wird der Begriff Personalzusatzkosten oder Personalnebenkosten mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt. Von der ursprünglichen Konzeption her soll-

te die Personalzusatzkostenquote als Aufschlagssatz dienen, um ausgehend vom Bruttolohn je gezahlte Stunde die gesamten Arbeitskosten des Unternehmens je geleistete Stunde zu errechnen. Für die Kalkulation eines Auftrags mit einer vorgegebenen Arbeitszeit muss daher bedacht werden, dass ein Mitarbeiter auch dann Gehalt bekommt, wenn er nicht arbeitet. Dies ist zum Beispiel während des Urlaubs, bei Krankheit, an Feiertagen und bei sonstigen Ausfallzeiten der Fall. Auch die Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld müssen in die Kalkulation einbezogen werden. Somit zählen zu den Personalzusatzkosten auch Bestandteile des Jahresverdiensts. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) folgt generell dieser Lesart, zählt aber die leistungs- und erfolgsabhängigen Sonderzahlungen, die im Gegensatz zu den übrigen Zusatzkostenpositionen nicht als Sozialleistungen interpretiert werden können und inhaltlich eng mit dem Entgelt für geleistete Arbeitszeit zusammenhängen, nicht zu den Personalzusatzkosten (Schröder, 2006).

Spricht man dagegen in wirtschaftspolitischen Diskussionen von Lohnnebenkosten, wird hierunter oftmals der gemeinsam von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu entrichtende Beitrag zur Sozialversicherung verstanden. In der Nomenklatur der europäischen Arbeitskosten wiederum wird zwischen direkten und indirekten Kosten unterschieden. Die direkten Kosten entsprechen der Position Löhne und Gehälter ohne Einbeziehung der Auszubildenden. Sie enthalten den Jahresverdienst ohne die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, die in vielen Ländern zum großen Teil von den Sozialversicherungen getragen wird. Sachleistungen der Unternehmen, wie etwa Kantinenzuschüsse und Firmenwagen, zählen auch hierzu (Europäische Kommission, 2005). Das Statistische Bundesamt nimmt diese Definition in einigen Veröffentlichungen auf und bezeichnet die indirekten Kosten als Lohnnebenkosten, weist aber nachrichtlich in den Fachserien weiterhin die umfassender abgegrenzten Personalnebenkosten aus (Statistisches Bundesamt, 2006; 2007a; 2007b; 2007c).

Gliederungskonzept

Aufgrund dieser begrifflichen Vielfalt und wegen der möglichen inhaltlichen Fehlinterpretationen hat sich das IW Köln entschieden, die Personalzusatzkosten nicht mehr als Einzelgröße stark hervorzuheben, sondern stattdessen die Arbeitskostenstruktur näher zu dokumentieren. Zur besseren Anschaulichkeit werden die einzelnen Kostenkomponenten in Prozent der Bruttolöhne und -gehälter dargestellt. Dies hat den Vorteil, dass unmittelbar ersichtlich ist, welche Kosten der Arbeitgeber zusätzlich zum Gehalt zu entrichten hat und wie sich der Jahresverdienst in Direktentgelt und die in Lohn und Gehalt enthaltenen Zusatzkostenkomponenten aufteilt. Zudem sind wichtige Zusatzkostenpositionen wie die Beiträge zur Sozialversicherung verdienstbezogen, sodass sich etwa eine Beitragssatzerhöhung direkt ablesen lässt. Anders als nach amtlicher Abgrenzung in der Arbeitskostenerhebung

ist in den Bruttolöhnen und -gehältern hier die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall enthalten, während die Sachleistungen nicht einbezogen sind. Somit entsprechen die Bruttolöhne und -gehälter dem auf der Verdienstabrechnung ausgewiesenen Jahresverdienst, wie es auch der früheren Darstellung des Statistischen Bundesamtes entspricht (Statistisches Bundesamt, 2003).

Tabelle 1 zeigt, dass die Arbeitgeber im Jahr 2008 im deutschen Produzierenden Gewerbe zusätzlich zu Löhnen und Gehältern noch weitere 30 Prozent aufwenden mussten, um die gesamten Arbeitskosten abzudecken. Hierunter entfällt mit 25,4 Prozent der Großteil auf die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (3). Dies sind im Wesentlichen die gesetzlich vorgegebenen Beiträge zur Sozialversicherung und die Leistungen für die betriebliche Altersversorgung. Von den Bruttolöhnen und -gehältern selbst entfallen nur gut drei Viertel auf das Entgelt für geleistete Arbeitszeit. Das restliche Viertel teilt sich zwischen der Vergütung arbeitsfreier Tage (1) und den Sonderzahlungen (2) auf. Damit machen die gesamten Personalzusatzkosten, also die Positionen (1) bis (4), insgesamt 70,4 Prozent des Direktentgelts aus.

Tabelle 1

Struktur der Arbeitskosten im Jahr 2008

Produzierendes Gewerbe Deutschlands, Angaben in Prozent des Bruttolohns und -gehalts¹⁾

	Entgelt für geleistete Arbeitszeit (Direktentgelt) ²⁾	76,1
(1)	+ Vergütung arbeitsfreier Tage ³⁾	16,7
(2)	+ Sonderzahlungen	7,1
	= Bruttolohn und -gehalt ⁴⁾	100,0
(3)	+ Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen ⁵⁾	25,4
(4)	+ Sonstige Personalzusatzkosten ⁶⁾	4,2
	= Arbeitskosten insgesamt	129,7

1) Kalenderbereinigt. 2) Einschließlich leistungs- und erfolgsabhängiger Sonderzahlungen. 3) Einschließlich Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall. 4) Ohne Sachleistungen. 5) Einschließlich Aufstockungen zu Lohn und Gehalt im Rahmen der Altersteilzeit. 6) Abzüglich Erstattungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Arbeitskosten und ihre Struktur werden teils vertraglich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern oder ihren entsprechenden Vertreterorganisationen ausgehandelt und sind teils gesetzlich vorgegeben. Um zu zeigen, inwieweit der Verhandlungsspielraum zwischen den Vertragspartnern eingeschränkt ist, wird auch der Anteil der Arbeitskosten ausgewiesen, der aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nicht verhandelbar ist (Tabelle 2). In Westdeutschland beliefen sich die gesetzlich veranlassten Arbeitskosten im Jahr 2008 auf 24,8 Prozent der Arbeitskosten, in Ostdeutschland waren es – aus Gründen, die noch erklärt

werden – 26,7 Prozent. Hierzu gehören der gesetzliche Mindesturlaub, das an gesetzlichen Feiertagen und im Krankheitsfall gezahlte Entgelt, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Arbeitnehmer und Auszubildende und sonstige meist geringere Aufwendungen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen – beispielsweise zum Mutterschutz. Hiervon abgezogen werden die Erstattungen durch die öffentliche Hand. Dass ein Teil der Arbeitskosten gesetzlich festgelegt ist, bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Arbeitskosten hierdurch entsprechend verteuert werden. Der tariflich vereinbarte Urlaub geht meist weit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus. Gleichwohl weisen diese Arbeitskostenkomponenten auf eine eingeschränkte Vertragsfreiheit hin.

Tabelle 2

Gesetzlich induzierte Arbeitskosten im Jahr 2008

Produzierendes Gewerbe, Angaben in Prozent der Arbeitskosten

	Westdeutschland	Ostdeutschland
Insgesamt	24,8	26,7
Mindesturlaub	5,2	5,6
Gesetzliche Feiertage	2,6	2,5
Lohnfortzahlung im Krankheitsfall	2,3	2,4
Gesetzliche Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	14,3	15,7
Sonstiges ¹⁾	0,6	1,0
Erstattungen der öffentlichen Hand	-0,2	-0,6

1) Umlagen für das Insolvenzgeld, Arbeitgeberzuschüsse zum Mutterschaftsgeld, Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende und Weiteres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Um die Ergebnisse nicht durch zufällige Kalendereinflüsse zu verzerren, wird mit einer konstanten Anzahl an Feiertagen gerechnet. Orientiert am langfristigen Durchschnitt, wurde für West- und Gesamtdeutschland mit zehn und für Ostdeutschland mit neun Feiertagen gerechnet. Da der Buß- und Bettag im Rahmen der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 abgeschafft wurde, erhöhte sich für die Jahre davor die Feiertagsanzahl entsprechend. Die Kalenderbereinigung wirkt sich lediglich auf das Direktentgelt und auf die Vergütung arbeitsfreier Tage aus, die Höhe des Bruttolohns und -gehalts sowie der Arbeitskosten bleiben dagegen unverändert. Dadurch ändert sich auch die Zusatzkostenquote: Da beispielsweise 2004 ein Jahr mit wenigen Feiertagen war, beträgt der kalenderbereinigte Wert für das deutsche Produzierende Gewerbe 72,3 Prozent des Direktentgelts, während der Originalwert bei nur 69,9 Prozent liegt.

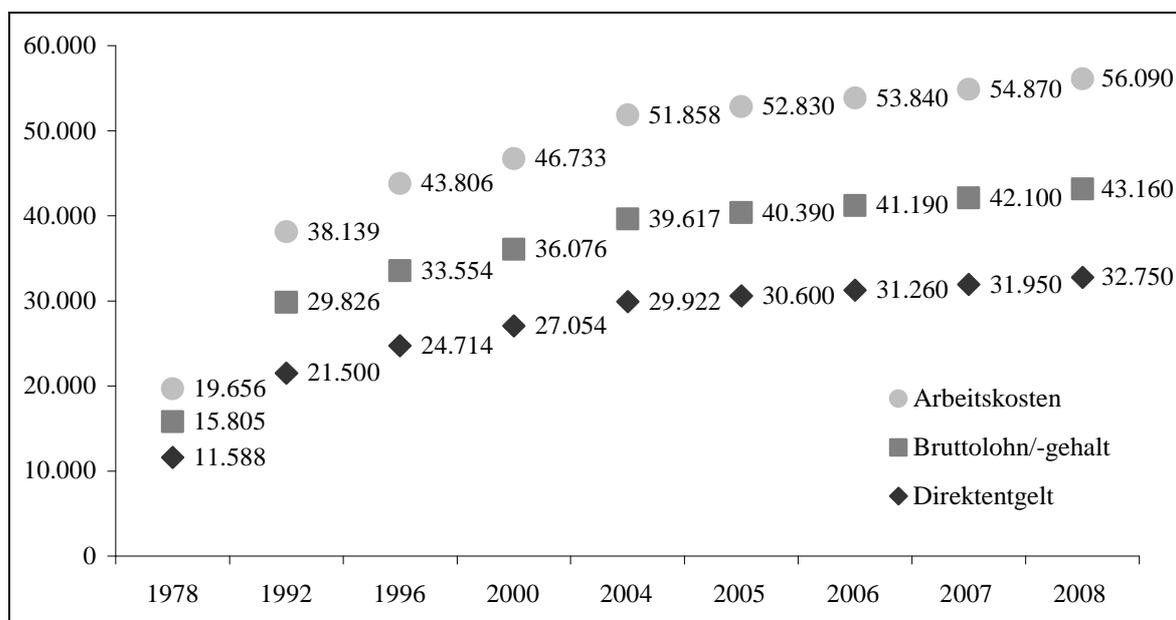
Datenlage

Das IW Köln berechnet die Personalzusatzkosten für Deutschland alljährlich auf Grundlage der amtlichen Statistik. Bis 1984 hat das Statistische Bundesamt die Arbeitskosten im dreijährigen Rhythmus erhoben, seitdem geschieht dies nur alle vier Jahre. Die jetzt vorliegende amtliche Erhebung deckt die Entwicklung bis zum Jahr 2004 ab (Statistisches Bundesamt, 2007a; 2007b; 2007c). In der folgenden Dokumentation werden die amtlichen Ergebnisse bis zum Jahr 2008 fortgeschrieben. Hierzu werden zahlreiche Hilfsstatistiken genutzt, unter anderem die laufenden Verdiensterhebungen, die Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung, Auswertungen der Tarifverträge durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie die Krankenstandsstatistiken. Hierbei ist die Fortschreibung von 2006 auf 2007 durch die Umstellung der Verdienststatistik erschwert. Daher wurden für dieses Jahr zusätzlich Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen. Dafür bietet die neue Verdienststatistik jetzt aktuelle Angaben zu den Sonderzahlungen, sodass deren Entwicklung seit dem Jahr 2007 besser nachgezeichnet werden kann. Ergänzend werden amtliche Statistiken über die Anzahl der Beschäftigten und Auszubildenden sowie über die Zugänge an Arbeitslosen aus Erwerbstätigkeit und Angaben über den Weiterbildungsaufwand der Unternehmen genutzt.

Abbildung 1

Arbeitskosten in der westdeutschen Industrie

Produzierendes Gewerbe, Kosten je Arbeitnehmer und Jahr in Euro



Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; umgerechnet in Vollzeiteneinheiten; ab 1992 einschließlich Berlin (Ost); kalenderbereinigte Werte. Angaben für 1978 nur bedingt vergleichbar; ab 2000 unter Berücksichtigung der geringfügig Beschäftigten und Heimarbeiter sowie ohne Aufwendungen für auswärtige Beschäftigung, daher mit früheren Erhebungen nur bedingt vergleichbar. Direktentgelt ab 1992 einschließlich erfolgs- und leistungsabhängiger Sonderzahlungen. Bis 2004 amtliche Daten, ab 2005 Schätzungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

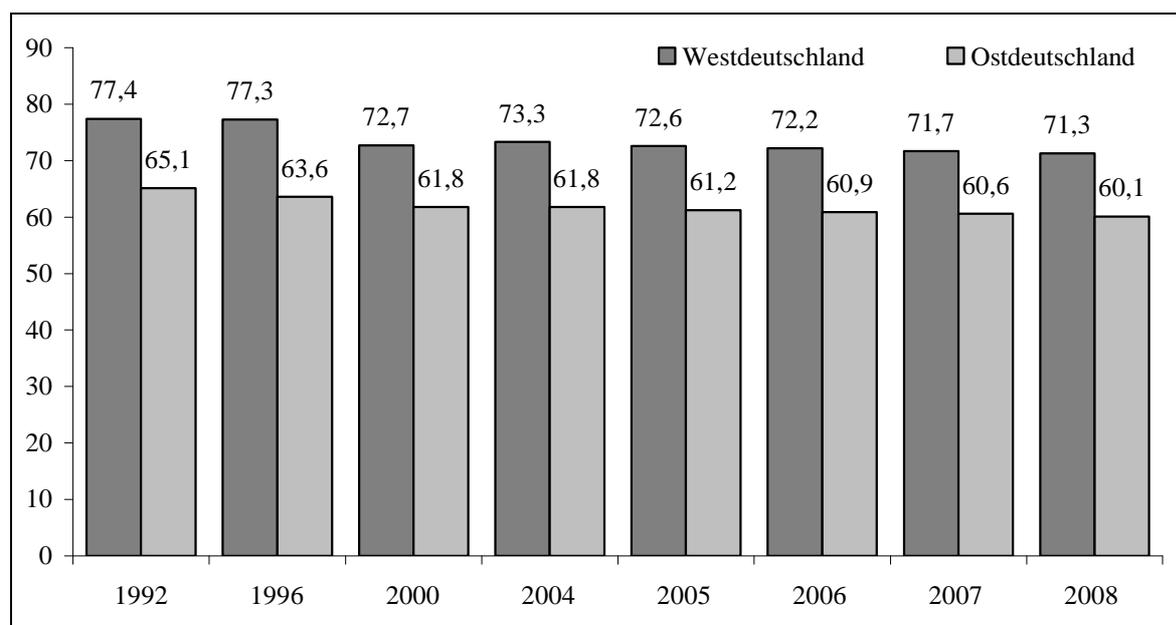
Arbeitskostenentwicklung in der westdeutschen Industrie

Im westdeutschen Produzierenden Gewerbe lagen die Arbeitskosten im Jahr 2008 mit 56.090 Euro je Arbeitnehmer in Vollzeiteinheiten um 1.220 Euro oder um 2,2 Prozent höher als im Jahr 2007 und erreichten damit einen neuen Höchststand (Abbildung 1). Ebenfalls neue Rekordwerte erreichten der Jahresverdienst, das Direktentgelt und die Personalzusatzkosten, die kalenderbereinigt auf 23.340 Euro anstiegen. Arbeitskosten, Jahresverdienste und Personalzusatzkosten legten in den letzten zehn Jahren in einem ähnlichen Tempo zu, was sich in einem annähernd konstanten Verhältnis der Arbeitskosten zum Bruttolohn und -gehalt sowie einer kaum veränderten Personalzusatzkostenquote zeigt (Abbildung 2).

Abbildung 2

Personalzusatzkostenquote im Produzierenden Gewerbe

Personalzusatzkosten in Prozent des Direktentgelts



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

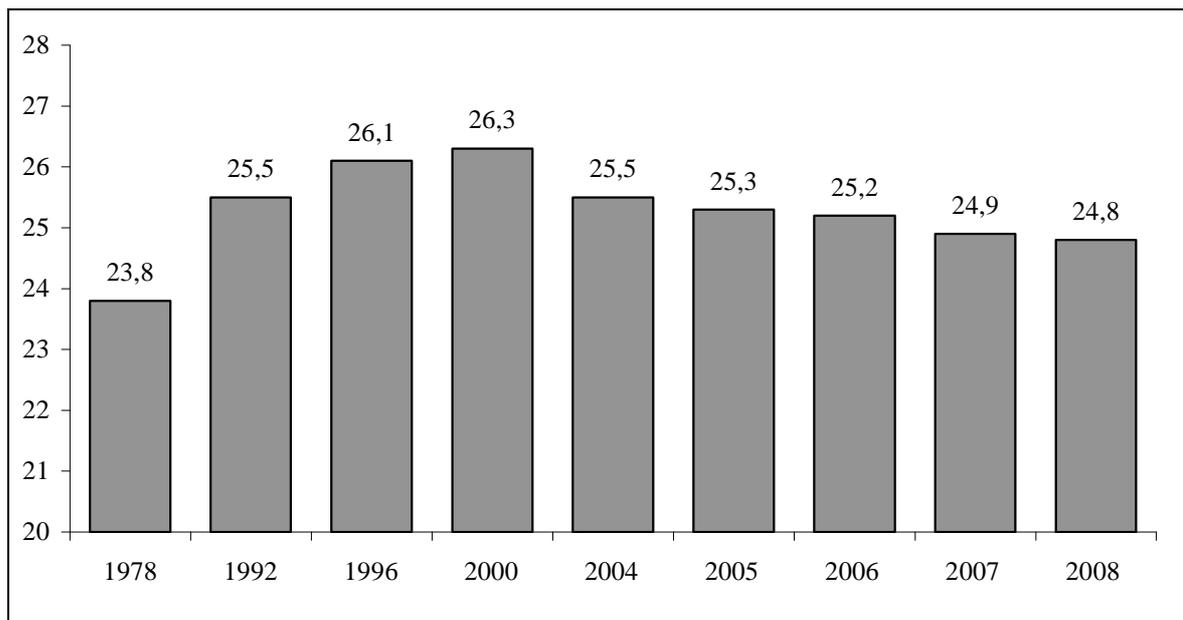
Zwar ging die Zusatzkostenquote im Zeitraum 1996 bis 2000 um immerhin knapp 5 Prozentpunkte zurück, dies dürfte aber zumindest teilweise auf erhebungstechnische Änderungen zwischen diesen Jahren zurückzuführen sein (Schröder, 2003). Seit dem Jahr 2000 schwankt die Zusatzkostenquote – mit seit 2004 leicht sinkender Tendenz – zwischen 71 und 73 Prozent des Direktentgelts. Ein starker Anstieg war dagegen noch bis Mitte der 1980er-Jahre zu verzeichnen. So lag die Quote im Jahr 1978, obwohl damals die leistungsabhängigen Sonderzahlungen noch nicht getrennt ausgewiesen werden konnten und keine geringfügig Beschäftigten erfasst wurden, noch bei knapp 70 Prozent (Schröder, 2006).

Tabelle 2 hat bereits gezeigt, dass in Westdeutschland immerhin rund ein Viertel der industriellen Arbeitskosten durch gesetzliche Vorgaben festgelegt ist. Arbeitnehmer und Arbeitgeber können somit lediglich über drei Viertel der Arbeitskosten frei verhandeln. Hinzu kommt, dass die Arbeitnehmer wegen der hohen (Grenz-)Belastung durch Steuern und Sozialabgaben über die Verwendung eines Großteils ihres Verdiensts nicht frei entscheiden können. Der Anteil der gesetzlichen Arbeitskosten ist in Westdeutschland im Zeitraum 1978 bis 2008 jedoch nur von 23,8 auf 24,8 Prozent angestiegen, obwohl nicht nur der Mindesturlaub von drei auf vier Wochen erhöht wurde, sondern vor allem auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung von gut 16 auf knapp 20 Prozent des Bruttolohns und -gehalts gestiegen sind (Abbildung 3). Ohne Änderungen des Arbeitszeitgesetzes hätte es sogar einen Gleichstand gegeben. Hierfür gibt es mehrere Gründe:

Abbildung 3

Gesetzlich induzierte Arbeitskosten in der Industrie

Produzierendes Gewerbe in Westdeutschland, Angaben in Prozent der Arbeitskosten



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Der Krankenstand ist im Zeitraum 1978 bis 2008 beträchtlich gesunken. So hatten die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall 1978 noch einen Anteil von 4,1 Prozent am Bruttolohn und -gehalt. Im Jahr 2008 waren es nur noch 3,0 Prozent.
- Die Arbeitnehmer von heute werden in Zukunft in relativer Betrachtung ein wesentlich niedrigeres Nettorentenniveau haben als frühere Generationen. Nicht zuletzt deshalb hat die betriebliche Altersvorsorge beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Damit haben die Unternehmen zum einen den Staat entlastet. Zum anderen ist der Anteil der

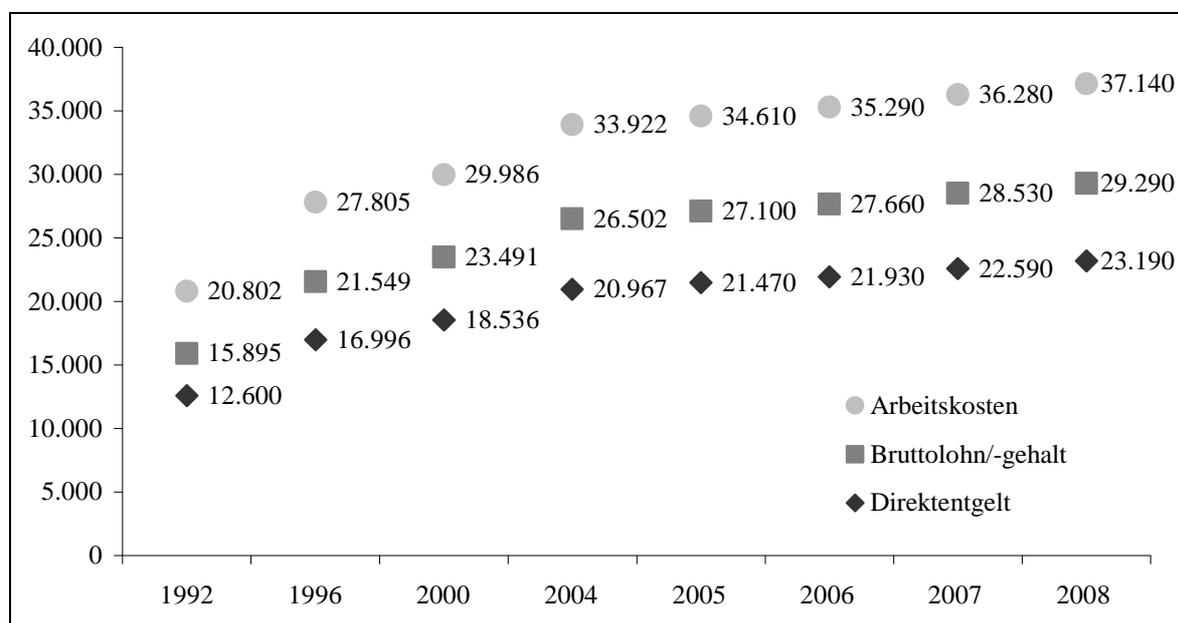
Arbeitskosten, der nicht im Bruttolohn und -gehalt enthalten ist, deutlich gestiegen. Dies hat zusätzlich den rechnerischen Effekt, dass der Anteil der gesetzlichen Kosten an den gesamten Arbeitskosten sinkt, da diese verdienstbezogen definiert sind.

- Als Kostenausgleich für den Ausbau der Pflegeversicherung wurde der Buß- und Bettag als gesetzlicher Feiertag abgeschafft. Dies hat jedoch nur einen geringen Effekt in Höhe von 0,2 Prozent der Arbeitskosten.

Abbildung 4

Arbeitskosten in der ostdeutschen Industrie

Produzierendes Gewerbe, Kosten je Arbeitnehmer und Jahr in Euro



Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; umgerechnet in Vollzeiteinheiten; ohne Berlin; kalenderbereinigte Werte. Ab 2000 unter Berücksichtigung der geringfügig Beschäftigten und Heimarbeiter sowie ohne Aufwendungen für auswärtige Beschäftigung, daher mit früheren Erhebungen nur bedingt vergleichbar. Direktentgelt einschließlich erfolgs- und leistungsabhängiger Sonderzahlungen. Bis 2004 amtliche Daten, ab 2005 Schätzungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Arbeitskostenentwicklung in der ostdeutschen Industrie

Im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands lagen die Arbeitskosten im Jahr 2008 mit 37.140 Euro pro Arbeitnehmer um 18.950 Euro unter dem westdeutschen Niveau (Abbildung 4). Der absolute Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland war damit etwas größer als im Jahr 1992, allerdings bei einem insgesamt deutlich höheren Kostenniveau. Die relative Betrachtung macht den ostdeutschen Annäherungsprozess sichtbar. So betrug die Arbeitskosten in den neuen Bundesländern 1992 lediglich 55 Prozent des Westniveaus, im Jahr 2008 bereits 66 Prozent. Dahinter steht die insgesamt deutlich höhere Arbeitskostendynamik Ostdeutschlands: Im Zeitraum 1992 bis 2008 erhöhten sich dort die Arbeitskosten im Jahresdurchschnitt um 3,7 Prozent, im Westen lediglich um 2,4 Prozent. Die

ostdeutsche Anstiegsdynamik hat sich allerdings im Laufe der Zeit deutlich abgeflacht. So stiegen die Arbeitskosten in den neuen Ländern in den Jahren 2005 und 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahr mit jeweils 2,0 Prozent nur unwesentlich schneller an als in den alten Bundesländern mit jeweils 1,9 Prozent. Auch zuletzt fiel der Unterschied mit einem Kostenanstieg von 2,4 Prozent im Jahr 2008 in Ostdeutschland und 2,2 Prozent in Westdeutschland nicht groß aus. Lediglich im Jahr 2007 war in der jüngeren Vergangenheit der Kostenzuwachs mit 2,8 Prozent in den neuen Bundesländern spürbar stärker als in den alten Bundesländern (1,9 Prozent).

Der Zuschlagssatz auf den Bruttolohn und besonders die Personalzusatzkostenquote sind in Ostdeutschland deutlich niedriger als in Westdeutschland. Der Abstand zur westdeutschen Zusatzkostenquote betrug zuletzt 11,2 Prozentpunkte (Abbildung 2). Dabei gibt es besonders bei der betrieblichen Altersvorsorge und bei den fest vereinbarten Sonderzahlungen noch große Unterschiede. Der Anteil der gesetzlich veranlassten Arbeitskosten an den gesamten Arbeitskosten lag in Ostdeutschland mit 26,7 Prozent im Jahr 2008 um knapp 2 Prozentpunkte über dem Westniveau (Tabelle 2). Dies liegt zum einen daran, dass die vertraglich vereinbarten Zusatzleistungen in Westdeutschland stärker ausgebaut sind als in Ostdeutschland, zum anderen ist der effektive Beitragssatz zur Sozialversicherung in den neuen Ländern höher als in den alten, da ein größerer Anteil des Einkommens beitragspflichtig ist und der Beitragssatz zur Unfallversicherung etwas höher liegt.

Die Werte für die gesamtdeutschen Arbeitskosten des Produzierenden Gewerbes lagen im Jahr 2008 mit 53.750 Euro je Arbeitnehmer umgerechnet in Vollzeiteinheiten nur 4 Prozent unter dem westdeutschen Niveau. Die gesamtdeutsche Zusatzkostenquote war mit 70,4 Prozent lediglich 1 Prozentpunkt niedriger als die westdeutsche und entwickelte sich weitgehend parallel zu dieser. Diese recht geringen Unterschiede erklären sich dadurch, dass laut Arbeitskostenerhebung nur rund jeder achte Arbeitnehmer dieses Wirtschaftssektors in den neuen Ländern beschäftigt ist.

Struktur der industriellen Arbeitskosten

Im Jahr 2008 gab es im Vergleich zum Vorjahr bei den Einzelkomponenten sowohl im Westen als auch im Osten nur geringe Strukturveränderungen, die insgesamt zu einem Rückgang der Zusatzkostenquote um 0,4 Prozentpunkte des Direktentgelts im westdeutschen und um 0,5 Prozentpunkte im ostdeutschen Produzierenden Gewerbe geführt haben (Tabelle 3):

Tabelle 3

Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe

in Prozent des Bruttolohns und -gehalts¹⁾

	West			Ost			D		
	2004	2007	2008	2004	2007	2008	2004	2007	2008
Entgelt für geleistete Arbeitszeit ^{2) 3)}	75,5	75,9	75,9	79,1	79,2	79,2	75,8	76,1	76,1
Vergütung arbeitsfreier Tage ³⁾	16,6	16,6	16,7	16,3	16,3	16,5	16,6	16,6	16,7
Urlaub	9,9	9,8	9,8	9,8	9,8	9,8	9,9	9,8	9,8
Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	2,8	2,8	3,0	2,8	2,9	3,0	2,8	2,8	3,0
Bezahlte Feiertage ^{3) 4)}	3,9	3,9	3,9	3,7	3,6	3,7	4,0	3,9	3,9
Sonderzahlungen	7,9	7,5	7,4	4,6	4,6	4,4	7,6	7,3	7,1
Vermögensbildung	0,6	0,6	0,6	0,3	0,4	0,3	0,6	0,6	0,5
Fest vereinbarte Sonderzahlungen	7,2	6,9	6,8	4,2	4,2	4,0	7,0	6,7	6,6
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber ⁵⁾	19,7	18,8	18,4	21,3	20,2	19,8	19,9	18,9	18,5
Betriebliche Altersversorgung ⁶⁾	6,6	7,2	7,3	2,1	2,6	2,7	6,2	6,8	6,9
Sonstige Personalzusatzkosten ⁷⁾	4,5	4,3	4,2	4,6	4,3	4,2	4,5	4,3	4,2
Arbeitskosten insgesamt	130,9	130,3	129,9	128,0	127,1	126,8	130,6	130,0	129,7
Nachrichtlich:									
Anteil der gesetzlich veranlassten Arbeitskosten ⁸⁾	25,5	24,9	24,8	27,5	26,8	26,7	25,7	25,1	25,0
Personalzusatzkosten in Prozent des Entgelts für geleistete Arbeitszeit ³⁾	73,3	71,7	71,3	61,8	60,6	60,1	72,3	70,8	70,4

Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; Westdeutschland einschließlich Berlin, Ostdeutschland ohne Berlin; Rundungsdifferenzen möglich; bis 2004 amtliche Daten, ab 2007 Schätzungen. 1) Entgelt für geleistete Arbeitszeit zuzüglich Vergütung arbeitsfreier Tage und Sonderzahlungen (ohne Sachleistungen) – entspricht dem Bruttojahresverdienst. 2) Einschließlich leistungs- und erfolgsabhängiger Sonderzahlungen. 3) Kalenderbereinigt. 4) Einschließlich sonstiger arbeitsfreier Zeit. 5) Einschließlich Unfallversicherung. 6) Einschließlich Aufstockungsbeträge zu Lohn und Gehalt sowie zur Rentenversicherung für Personen in Altersteilzeit; einschließlich Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen. 7) Abzüglich Erstattungen. 8) Gesetzlicher Mindesturlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, gesetzliche Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und sonstige gesetzliche Aufwendungen abzüglich Erstattungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Die stärkste Entlastung brachte im Jahr 2008 der Rückgang der Beitragssätze in der Arbeitslosenversicherung. Dort sank der Beitragssatz um insgesamt 0,9 Prozentpunkte auf 3,3 Prozent – er ist damit nur noch etwa halb so hoch wie im Jahr 2006 (6,5 Prozent). Zwar verteuerte sich die Gesetzliche Krankenversicherung leicht um 0,1 Prozentpunkte und die Pflegeversicherung im zweiten Halbjahr 2008 um 0,25 Prozentpunkte, per saldo blieb jedoch eine Entlastung der Sozialversicherungsbeiträge für Unternehmen und Beschäftigte von insgesamt knapp 0,7 Prozentpunkten. Die effektiven Beitragssätze der Arbeitgeber sind dadurch in Relation zu den Bruttolöhnen und -gehältern um knapp 0,4 Prozentpunkte zurückgegangen.

- Die fest vereinbarten Sonderzahlungen dürften in den alten Bundesländern um etwa 0,1 Prozentpunkte des Bruttolohns und -gehalts gesunken sein. Denn es besteht weiterhin die Tendenz, pauschale Sonderzahlungen in flexible Entgeltbestandteile umzuwandeln oder die variablen Verdienstkomponten auszubauen.
- Der Krankenstand ist auch im Jahr 2008 wieder leicht gestiegen. Daraus ergibt sich eine Verteuerung der Arbeitskosten, die etwa 0,2 Prozent des Jahresverdiensts ausmacht.
- Die Aufwendungen zur betrieblichen Altersversorgung sind in den letzten Jahren, teilweise finanziert durch Entgeltumwandlung, kräftig angestiegen. Dieser Trend wird vermutlich anhalten. Im Zuge der Verknappung von Fachkräften ist die betriebliche Altersversorgung zudem zu einem wichtigen Argument geworden, um Mitarbeiter zu halten und neue zu gewinnen. Die Bedeutung dieser Komponente dürfte daher im Jahr 2008 gemessen am Jahresverdienst um etwa 0,1 Prozentpunkte zugenommen haben.
- Die Anzahl der Auszubildenden dürfte wieder leicht angestiegen sein. Da es aber auch insgesamt mehr Beschäftigte als im Vorjahr gibt und aufgrund der bis dahin konjunkturellen Belegung Entlassungen seltener waren sowie damit verbunden auch die Beitragszahlungen an den Pensionssicherungsverein deutlich zurückgingen, dürfte die Bedeutung der sonstigen Personalzusatzkosten leicht zurückgegangen sein.

Besonders bei der betrieblichen Altersversorgung ist die vorgenommene Fortschreibung der Ergebnisse der amtlichen Arbeitskostenerhebung mit größeren Unsicherheiten behaftet als früher. Einerseits ist durch die unsichere Lage der Gesetzlichen Rentenversicherung, die Riester-Förderung und die verbesserte Möglichkeit der Entgeltumwandlung die Nachfrage nach einer betrieblichen Altersversorgung gestiegen. Andererseits fehlen zeitnahe Statistiken, mit denen die tatsächlichen Kosten für den Arbeitgeber genau darstellbar sind. Werden Sonderzahlungen umgewandelt, kommt es im Wesentlichen nur zu Verschiebungen in der Zusatzkostenstruktur. Zwar können hierbei auch Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber entfallen, jedoch bezuschusst der Arbeitgeber häufig die umgewandelten Beträge. Die Höhe der Sonderzahlungen insgesamt ist zwar durch die neue Verdienststatistik besser erfasst, die Aufteilung in fest vereinbarte Komponenten einerseits und in leistungs- und erfolgsabhängige Komponenten andererseits ist aber nur näherungsweise möglich. Überdies lassen sich die Krankenstandsstatistiken wegen der Wahlfreiheit der Versicherten nicht mehr zuverlässig nach Branchen differenzieren.

Diese Datenunsicherheiten spiegeln aber auch wider, dass die Zusatzkostenstruktur zunehmend maßgeschneidert auf die Bedürfnisse der einzelnen Unternehmen und ihrer Mitarbeiter angepasst wird. Dabei entstehen oft auch neue Wahlmöglichkeiten für die Beschäftigten. So bedeutet die Möglichkeit der Entgeltumwandlung, die von vielen Arbeitgebern

zusätzlich gefördert wird, dass der Arbeitnehmer die für ihn optimale Mischung aus Verdienstbestandteilen und Vorsorgeleistungen in Grenzen selbst bestimmen kann. Deutlich sichtbar ist der Trend zur Flexibilisierung auch bei den gesamten Sonderzahlungen einschließlich der leistungs- und erfolgsabhängigen Bestandteile. Demnach waren im Jahr 1992 mit 1,3 Prozent der Bruttolöhne und -gehälter erst 13 Prozent in Westdeutschland und in Ostdeutschland mit 0,3 Prozent der Bruttolöhne und -gehälter sogar nur 7 Prozent der Sonderzahlungen leistungs- oder erfolgsabhängig ausgestaltet. Im Jahr 2008 war sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern gut ein Drittel der Sonderzahlungen leistungs- und erfolgsabhängig.

Arbeitskosten im Dienstleistungssektor

Seit 1978 informiert das Statistische Bundesamt auch über die Arbeitskosten im deutschen Dienstleistungssektor. Die aktuellen Daten der amtlichen Statistik decken ebenfalls erst das Jahr 2004 ab. Sie wurden mit einem ähnlichen Ansatz, wie er für die Industrie benutzt wurde, bis zum Jahr 2008 fortgeschrieben. Wie in den vorhergehenden Jahren waren auch 2008 die Arbeitskosten im Versicherungs- und Kreditgewerbe mit jeweils deutlich über 70.000 Euro je Arbeitnehmer in Vollzeiteinheiten erheblich höher als im Produzierenden Gewerbe mit 53.750 Euro. In den beiden Handelssparten lagen sie dagegen deutlich darunter (Tabelle 4). Große Unterschiede gab es auch in der Kostendynamik: Im Zeitraum 2000 bis 2008 stiegen die Arbeitskosten im Kreditgewerbe um über 28 Prozent, im Einzelhandel dagegen lediglich um knapp 13 Prozent.

Recht deutliche Unterschiede gibt es auch beim Anteil der gesetzlich veranlassten Arbeitskosten. Der Anteil liegt zwischen 21,3 Prozent im Kreditgewerbe und 26,1 Prozent im Einzelhandel (Tabelle 5). Hier wirkt sich wiederum aus, dass Branchen mit einem hohen Lohnniveau meist viele Extraleistungen bieten. Gerade im Kredit- und Versicherungsgewerbe ist beispielsweise die betriebliche Altersvorsorge stark ausgebaut, und auch die Sonderzahlungen sind dort vergleichsweise hoch. Zudem erreichen in diesen Branchen aufgrund des hohen Lohnniveaus viele Mitarbeiter ein Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenzen der Gesetzlichen Krankenversicherung oder sogar der Renten- und Arbeitslosenversicherung, sodass die effektiven Beitragssätze zur Sozialversicherung deutlich niedriger ausfallen als in den Handelsbranchen. Entsprechend große Unterschiede gibt es auch bei der auf das Direktentgelt bezogenen Zusatzkostenquote, die zwischen 63 Prozent beim Handel und 79 Prozent im Versicherungsgewerbe liegt.

Tabelle 4

Arbeitskosten im Dienstleistungssektor

je Arbeitnehmer und Jahr in Euro, Deutschland

	2000	2004	2007	2008
Arbeitskosten				
Einzelhandel	31.594	33.729	34.840	35.620
Großhandel	40.492	47.496	49.710	50.830
Kreditgewerbe	56.690	65.476	69.600	72.820
Versicherungsgewerbe	61.291	66.430	69.620	71.770
Nachrichtlich: Produzierendes Gewerbe	44.677	49.663	52.570	53.750
darunter: Bruttolohn und -gehalt				
Einzelhandel	25.131	26.350	27.340	28.000
Großhandel	32.375	37.051	38.920	39.880
Kreditgewerbe	41.306	47.502	50.840	53.280
Versicherungsgewerbe	44.287	49.628	52.700	54.560
Nachrichtlich: Produzierendes Gewerbe	34.530	38.012	40.430	41.450
Personalzusatzkosten ¹⁾				
Einzelhandel	12.074	13.219	13.440	13.720
Großhandel	15.205	18.522	19.220	19.590
Kreditgewerbe	26.400	29.464	30.620	31.860
Versicherungsgewerbe	29.602	30.225	31.050	31.740
Nachrichtlich: Produzierendes Gewerbe	18.680	20.848	21.790	22.200

Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; umgerechnet in Vollzeitinheiten. Bis 2004 amtliche Daten, ab 2007 Schätzungen. 1) Kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Ähnlich wie im Produzierenden Gewerbe hat sich in den betrachteten Dienstleistungssparten im Jahr 2008 unter anderem wegen der gesunkenen Sozialversicherungsbeiträge und der geringeren Bedeutung der fest vereinbarten Sonderzahlungen die Arbeitskostenstruktur verändert. Insgesamt ging die Zusatzkostenquote im Vorjahresvergleich zwischen 0,2 Prozentpunkten im Einzelhandel und 1,2 Prozentpunkten im Versicherungsgewerbe zurück. Diese Ausdifferenzierung ergibt sich nicht zuletzt durch die unterschiedliche Entwicklung der Sonderzahlungen.

Tabelle 5

Arbeitskostenstruktur im Dienstleistungssektor

in Prozent des Bruttolohns und -gehalts¹⁾

	Großhandel		Einzelhandel		Kreditgewerbe		Versicherungsgewerbe	
	2004	2008	2004	2008	2004	2008	2004	2008
Entgelt für geleistete Arbeitszeit ^{2) 3)}	78,2	78,3	77,8	78,3	75,8	76,9	73,0	73,4
Vergütung arbeitsfreier Tage ³⁾	15,9	15,9	16,2	16,3	14,9	14,8	15,7	15,9
Urlaub	9,8	9,7	9,9	9,8	8,8	8,7	9,2	9,2
Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	2,3	2,5	2,6	2,8	2,3	2,5	2,7	2,9
Bezahlte Feiertage ^{3) 4)}	3,8	3,7	3,7	3,7	3,7	3,6	3,8	3,8
Sonderzahlungen	5,9	5,7	6,0	5,5	9,3	8,4	11,3	10,7
Vermögensbildung	0,6	0,5	0,4	0,4	0,9	0,8	0,8	0,7
Fest vereinbarte Sonderzahlungen	5,4	5,2	5,6	5,1	8,4	7,6	10,5	10,0
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber ⁵⁾	18,9	17,6	20,4	19,0	17,6	16,3	17,7	16,4
Betriebliche Altersversorgung ⁶⁾	3,6	4,3	2,2	2,8	12,1	12,3	10,7	9,7
Sonstige Personalzusatzkosten ⁷⁾	5,7	5,6	5,4	5,4	8,1	8,0	5,5	5,5
Arbeitskosten insgesamt	128,2	127,5	128,0	127,2	137,8	136,7	133,9	131,6
Nachrichtlich:								
Anteil der gesetzlich veranlassten Arbeitskosten ⁸⁾	25,1	24,2	26,9	26,1	22,1	21,3	23,2	22,8
Personalzusatzkosten in Prozent des Entgelts für geleistete Arbeitszeit ³⁾	63,9	62,7	64,5	62,6	81,8	77,8	83,5	79,3

1) Entgelt für geleistete Arbeitszeit zuzüglich Vergütung arbeitsfreier Tage und Sonderzahlungen (ohne Sachleistungen) – entspricht dem Bruttojahresverdienst; Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; Rundungsdifferenzen möglich; 2004 amtliche Daten, 2008 Schätzungen.

2) Einschließlich leistungs- und erfolgsabhängiger Sonderzahlungen. 3) Kalenderbereinigt. 4) Einschließlich sonstiger arbeitsfreier Zeit. 5) Einschließlich Unfallversicherung. 6) Einschließlich Aufstockungsbeträge zu Lohn und Gehalt sowie zur Rentenversicherung für Personen in Altersteilzeit; einschließlich Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen. 7) Abzüglich Erstattungen. 8) Gesetzlicher Mindesturlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, gesetzliche Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und sonstige gesetzliche Aufwendungen abzüglich Erstattungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Ausblick für das Jahr 2009

Im Zeitraum 2004 bis 2008 ist die Personalzusatzkostenquote in kleinen Schritten stetig um insgesamt 2 Prozentpunkte im Produzierenden Gewerbe gesunken. Dies ist nicht zuletzt den gesunkenen Beiträgen zur Sozialversicherung zu verdanken. Dieser Trend wird im Jahr 2009 allerdings gestoppt. Einerseits sinken die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erneut um 0,5 Prozent, andererseits verteuerte sich die Gesetzliche Krankenversicherung zum Jahresanfang zunächst um 0,6 Prozentpunkte. Zur Jahresmitte 2009 wird dieser Anstieg allerdings durch einen neuen Bundeszuschuss ausgeglichen. Zudem gilt der zur Jahresmitte 2008 um einen Viertelprozentpunkt auf 1,95 Prozent erhöhte Beitragssatz in der Pflegeversicherung im Jahr 2009 das ganze Jahr. Unterm Strich liegt der Beitragssatz

in der Sozialversicherung im Jahresdurchschnitt 2009 daher um lediglich 0,075 Prozentpunkte unter dem Mittelwert von 2008. Daher ergibt sich für die Arbeitgeber bezogen auf den Jahresverdienst lediglich eine verschwindend geringe Entlastung von etwa 0,05 Prozentpunkten. Damit dürfte auch der Anteil der gesetzlich veranlassten Arbeitskosten an den gesamten Arbeitskosten konstant bleiben.

Literatur

Europäische Kommission, 2005, Verordnung (EG) Nr. 1737/2005 der Kommission vom 21. Oktober 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1726/1999 in Bezug auf Definition und Übermittlung von Informationen über Arbeitskosten, in: Amtsblatt der Europäischen Union, S. L 279/11–L 279/31

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2009, Taxing Wages 2007–2008, Paris

Schröder, Christoph, 2003, Personalzusatzkosten in der deutschen Wirtschaft, in: IW-Trends, 30. Jg., Heft 2, S. 37–46

Schröder, Christoph, 2006, Personalzusatzkosten in der deutschen Wirtschaft, in: IW-Trends, 33. Jg., Heft 2, S. 47–57

Schröder, Christoph, 2008, Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich, in: IW-Trends, 35. Jg., Heft 3, S. 75–90

Statistisches Bundesamt, 2003, Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2000 – Ergebnisse für Deutschland (Arbeitskostenerhebungen, 2000, Heft 1), Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2006, Was kostet Arbeit in Deutschland?, Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2004, Presseexemplar, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2007a, Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich – Ergebnisse für Deutschland (Arbeitskostenerhebungen, 2004, Heft 1), Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2007b, Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich – Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet (Arbeitskostenerhebungen, 2004, Heft 2), Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2007c, Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich – Ergebnisse für die neuen Länder (Arbeitskostenerhebungen, 2004, Heft 3), Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2009, Verdienste und Arbeitskosten 2008, Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 13. Mai 2009 in Berlin, URL: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2009/Verdienste/begleitheft__verdienste,property=file.pdf [Stand: 2009-05-13]

Labor Costs in Germany

In 2008, total annual labor costs per full-time worker amounted to 56,090 euro in the West German industry. In East Germany the figure was 37,140 euro, one third less than in West Germany. This cost advantage has remained relatively stable over the last few years. Within the German service sector labor costs in 2008 varied between 35,620 euro in the retail and 72,820 euro in the banking sector. The overall cost structure did not change much. Total labor costs rose slightly slower than wages mainly because of the reduction of employer contributions to social insurance. The share of total labor costs which is determined by legal requirements and can, therefore, not be agreed upon voluntarily by the contracting parties makes up 24.8 percent in the West German industry and 26.7 percent in the East German industry. This is about the same level as at the beginning of the 1990s. Since 2000, however, the share of legally determined labor costs has decreased slowly but steadily.